

Zur aktuellen Diskussion um die Finanzierung der Universität Basel

Kein partnerschaftliches Geschäft

Von Hanspeter Weibel

Die Landratsdebatte vom 23. Februar 2017 wurde um das Traktandum «Grundsatzdebatte zur Universität» erweitert. Man war sich einig; alle Fraktionen sprachen sich für die Universität Basel aus, erfreulicherweise meist differenziert und nachvollziehbar begründet. Erfreulich auch, dass die Regierungsvertreter Gschwind und Lauber ebenso deutliche Worte fanden. Die SVP hat sich grundsätzlich und umfassend zur Universität geäussert.

In einem kurzen Blick zurück sei festgehalten, dass in den 1960er-Jahren niemand in der Stadt an einer basellandschaftlichen Beteiligung an der Universität interessiert war. Erst als Basel-Stadt nach 2004 in immer grössere finanzielle Probleme geriet und man sich überlegen musste, wie man die Universität redimensionieren könnte, kam die rettende Idee, Baselland an der Finanzierung zu beteiligen. Dass der damalige FDP-Finanzdirektor Ballmer die Basler mit einer unerwarteten Beteiligungsofferte überraschte, legte den Grundstein für die finanzielle Überforderung des Kantons Baselland.

SVP warnte vergeblich

Die SVP warnte schon damals vor den finanziellen Folgen dieser ruinösen Vereinbarung. Vergebens. Die Stimmbürger erlagen den vielen Versprechungen und stimmten dem gemeinsamen Vertrag zu. Wenn wir also heute, unter ähnlichen Voraussetzungen, diese Finanzierungsbeteiligung infrage stellen, so ist dies legitim, wie es auch legitim ist, Verträge, die mit einer Kündigungsklausel versehen sind, nach einer gewissen Zeit zu überprüfen.

Baselland gehört heute zu den fünf Kantonen mit den höchsten Universitätsausgaben, und dies notabene ohne Hochschulkanton zu sein. Zahlte Baselland zu Beginn einen Beitrag von 127 Millionen Franken, so sind es heute

rund 170 Millionen, eine Steigerung von 30 Prozent. Und nicht zu vergessen: Keines der damals gemachten Versprechen wurde erfüllt: BL ist heute noch kein Hochschulkanton, keine Uni-Institute in BL, die Kantone AG und SO halten sich bei der Finanzierung vornehm zurück und die Uni ist immer noch die Universität Basel. Wer von Bildungsabbau spricht, vergisst, dass Baselland Investitionen in den Neubau Biozentrum und Biomedizin sowie das ETH-Tropeninstitut von insgesamt über 265 Millionen gesprochen hat.

Wir zahlen vier Mal höhere Beiträge für unsere Studierenden, als wir müssten.

Im Herbst 2015 hat die SVP mit der Diskussion um die Kündigung der Univertrträge die Diskussion lanciert und bereits damals öffentlich die wesentlichen Forderungen in diesem Zusammenhang aufgestellt. Erfreulich ist, dass die FDP mittlerweile zu ähnlichen Schlussfolgerungen gekommen ist. Die Adressaten für eine Anpassung dieser Verträge sind einerseits die Vertreter der Universität, andererseits die Vertreter der Regierung und nicht zu vergessen der Bund als verantwortlicher Träger für die Hochschulausbildung.

Von der Uni fordern wir eine Fokussierung des Bildungsangebots, vermehrte Drittmittelbeschaffung und Erhöhung der Studiengebühren. Wir haben klare Vorstellungen, wie diese Forderungen umgesetzt werden müssten, überlassen es aber der Uni, hier die Schwerpunkte und den Umfang der Umsetzung zu definieren.

Vom Regierungsrat fordern wir, dass die Leistungsvereinbarung kongruent zur Finanzierungsvereinbarung formuliert wird, die Immobilienvereinbarung angepasst/gekündigt wird und

die Vertreter BL im Unirat dazu verpflichtet werden, die Interessen des Kantons und nicht diejenigen der Uni zu vertreten. Der Unirat ist ebenso wenig partnerschaftlich angelegt wie das übrige Vertragskonstrukt. Zwar sind je vier Vertreter von BS und BL im Unirat; der Präsident jedoch wird seit Bestehen des Vertrages unangefochten von BS gestellt.

An Leistungsfähigkeit orientieren

Der wichtigste Punkt ist jedoch unsere Forderung nach einem neuen, dynamischen Finanzierungsschlüssel, der sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kantone orientiert, also beispielsweise am Pro-Kopf-Steuer-einkommen der Kantone. (2014 BS 13 330 Franken pro Kopf; BL 5723 Franken pro Kopf). Entscheidend ist aber auch, dass die Finanzierung der Universitäten schweizweit überdacht und die IUV-Beiträge* angepasst werden, insbesondere die Beiträge des Bundes für ausländische Studierende erhöht werden.

Es trifft zu, ist aber irrelevant, dass an der Uni Basel mehr Baselbieter Studierende (21%) als solche aus BS (17%) eingeschrieben sind. 62% aller Studierenden an der Universität Basel kommen nicht aus diesen beiden Kantonen, sondern aus dem Ausland (24%), aus AG/SO (17%) beziehungsweise aus der übrigen Schweiz (22%). Baselland würde gemäss IUV für seine Studierenden an der Uni Basel circa 40 Millionen bezahlen müssen. Wir zahlen aber 169 Millionen: Das heisst, mit der Beteiligung am Restdefizit der Universität übernehmen wir auch noch die ungedeckten Kosten aller übrigen Studierenden. Wie man dazu kommen kann, ein derartiges Ungleichgewicht als partnerschaftliches Geschäft zu bezeichnen, entzieht sich meinem Verständnis.

Fassen wir zusammen: Es ist legitim, nach zehn Jahren diesen Vertrag einer Überprüfung zu unterziehen und aufgrund der gemachten Erfahrungen,

nicht zuletzt der überproportionalen finanziellen Belastung des Landkantons, Anpassungen zu fordern. Das Budget der Uni beträgt rund 700 Millionen Franken; hier nach einer Wachstumsphase mit Erhöhungen von 30 Prozent eine Reduktion von zehn bis 15 Prozent zu verlangen, ist nicht übertrieben. Andere Unis haben bewiesen, dass ein Studierendenwachstum nicht mit einer gleichgerichteten Erhöhung der Kosten einhergehen muss. Diese Massnahmen ergeben konservativ eine Reduktion des Defizits von 60 Millionen, das heisst für BL eine Reduktion von 30 Millionen.

Hinzu kommt ein neuer Verteilungsschlüssel (2/3 zu 1/3) mit einer weiteren Entlastung von BL von 25 Millionen. Die Kündigung der Immobilienvereinbarung bringt weitere 10 Millionen, sodass kurzfristig eine Entlastung von 65 Mio. für BL möglich ist. Mittel- bis langfristig müsste eine Neuordnung der IUV-Gebühren dazu führen, dass BL nicht auch noch die Restdefizite der Studierenden aus dem Ausland und den übrigen Kantonen mittragen muss.

Baselland befindet sich in einer guten Verhandlungsposition. Wir zahlen vier Mal höhere Beiträge für unsere Studierenden, als wir müssten; Basel-Stadt will von uns Geld. Dass wir, um dieser Verpflichtung nachzukommen, bei uns nicht nur sparen, sondern sogar die Steuern anheben sollen, ist absolut falsch. Wir fordern unsere Regierung auf, selbstbewusst zu verhandeln.



Hanspeter Weibel ist SVP-Landrat.

*Die Interkantonale Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 (IUV) regelt den gleichberechtigten interkantonalen Zugang zu den Unis und die Abgeltung der Kantone an die Universitätskantone. Alle Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein sind dieser Vereinbarung beigetreten.

Da war mal was

Und was ist mit den Sauterelles?

Von Thomas Gubler



Das Atelierhaus in der ehemaligen Klosterkirche auf dem Kasernenareal soll renoviert werden. Dazu müssen die dort eingemieteten Künstler ausziehen und können

offenbar anschliessend nicht mehr automatisch wieder einziehen. Sie sollen sich neu bewerben und erst noch mehr Miete bezahlen müssen.

Klar, dass das für die Betroffenen, die in der Klosterkirche teilweise seit Jahrzehnten zu sehr günstigen Bedingungen ein Atelier belegen und dort arbeiten können, unangenehm ist – und vielleicht für den einen oder anderen gar eine Härte bedeutet. Verständlich daher, dass man nicht begeistert ist. Aber sind die Klagen, bei Licht betrachtet, auch tatsächlich berechtigt?

Künstlertum ist so etwas wie der Inbegriff von freiberuflichem Arbeiten. Wer Kunstschaffender wird, wählt eine Freiheit, die andererseits mit Unsicherheit, ja mitunter mit Härten verbunden ist. Aber kann der Künstler ernsthaft erwarten, dass ihm der Staat ein Atelier zur Verfügung stellt? Schön, wenn ers für eine gewisse Zeit macht. Aber Ansprüche lassen sich deshalb nicht ableiten. Wo bliebe da die Rechtsgleichheit mit anderen, nicht malenden Künstlern, Musikern beispielsweise, den niemand Studio- oder Proberäume finanzieren?

Vom Sänger der Gruppe Stiller Has, Endo Anaconda, den fast jeder in diesem Land kennt, könnte man annehmen, dass er mit bald 62 Jahren seine Schäflein im Trockenen hätte. Doch nein, der stimmgewaltige Austro-Berner liess kürzlich verlauten, dass er sich eine Wohnung in der Stadt Bern nicht mehr leisten könne und daher aufs Land gezogen sei. Müsste ihm vielleicht die Stadt oder der Staat Bern nicht doch eine solche zur Verfügung stellen. Endo hat nicht danach verlangt.

Oder die Schweizer Rocker meiner frühesten Jugend, Les Sauterelles, mit Frontmann Toni Vescoli? Die Band, die 1968 mit «Heavenly Club» einen für hiesige Verhältnisse grossen Hit gelandet hatte, ging zwei Jahre später wegen finanzieller Probleme unter. Allerdings nur, um in den Neunzigerjahren ihre Wiedergeburt zu erleben. Und seither sind sie nicht mehr von der Szene weggedenken. Kein Ort zwischen Wald im Zürcher Oberland und Liverpool, an dem sie nicht gespielt und ein begeistertes Publikum zurückgelassen haben. Dabei sind die «Jungs» mittlerweile zwischen 65 (Gitarrist Peter Glanzmann) und 75 (Bassist Freddy Mangili) Jahre alt. Auf die Frage: Braucht ihr das eigentlich finanziell noch?, antwortete jüngst Frontmann Toni Vescoli – demnächst auch 75 – mit breitem Grinsen: «Von uns hat keiner eine Pensionskasse.» Beklagen tut sich dennoch keiner. Man spielt, hat eine gehörige Portion Freude, bleibt dabei erst noch jung – und hofft, dereinst gnädig in die «Heaven All Star Band» aufgenommen zu werden. Etwa wie der Blueser John Lee Hooker. Er starb 2001 mit knapp 84 Jahren im Schlaf, nachdem er fünf Tage zuvor noch auf der Bühne gestanden war. Da bleibt den Sauterelles noch viel Zeit. thomas.gubler@baz.ch

Nachricht

Personenwagen seitlich miteinander kollidiert

Aesch. Am Montagabend kurz nach 22.30 Uhr ist es auf der Hauptstrasse in Aesch zu einem Unfall zwischen zwei Personenwagen gekommen. Laut der Baslerbieter Polizei seien die beiden Fahrzeuge seitlich miteinander kollidiert. Eine 47-jährige Lenkerin habe von der kantonalen H18 nach links auf die Hauptstrasse in Richtung Aesch abbiegen wollen. Dabei habe sie ein von links kommendes, vortrittsberechtigtes Fahrzeug übersehen. Der 57-jährige Lenker wurde leicht verletzt. ck

Notfall-Wasserleitung fürs untere Baselbiet kommt

Der Bau des 13-Millionen-Franken-Grossprojektes wird nach Verzögerungen nun in Angriff genommen

Von Joël Hoffmann

Reinach. Hinter dem sperrigen Begriff «Transitleitung Birstal» steht nichts Geringeres als die Sicherung der Wasserversorgung im unteren Baselbiet. Das als Notwasserversorgung gedachte Grossprojekt wurde bereits 2007 angeordnet. Damals wurden bei den massiven Überschwemmungen mehrere Pumpwerke überflutet. Das Trinkwasser war deswegen nicht mehr sicher, die Pumpwerke mussten abgeschaltet werden. Die Folge: Viele Haushalte waren von der Wasserversorgung abgeschnitten. Tanklastwagen mussten Wasser in die betroffenen Gemeinden liefern. Ende 2015 hätte mit dem Bau der Leitung begonnen und in diesem Jahr hätte sie in Betrieb genommen werden sollen. Doch das Grossprojekt hat sich verzögert und wird voraussichtlich erst Ende 2018 fertiggestellt.

Gleich sieben unterschiedliche öffentliche Ausschreibungen hat das Wasserwerk Reinach und Umgebung (WWR) Ende Februar publiziert – für Leitungen und Pumpwerke und was es eben so alles für diese Notfallversorgung braucht. Gebaut wird eine komplett neue Leitung vom St. Jakob bis Arlesheim/Reinach. Sie wird 4,6 Kilometer lang und kostet zwischen zehn und 13 Millionen Franken. Den grössten Beitrag dazu leistet das WWR, das im Besitz der sechs Bezugsgemeinden Biel-Benken, Bottmingen, Ettingen, Oberwil, Reinach und Therwil ist. Das WWR ist in der Reinacher Verwaltung angesiedelt. Zehn Millionen steuert also das WWR bei und circa drei Millionen stemmen Arlesheim sowie der Zweckverband Aesch/Pfeffingen/Dornach. Die Transitleitung soll eine Million Kubikmeter Wasser pro Jahr bei der Hardwasser AG beziehen.

Der Grund für die Verzögerung ist beim WWR zu suchen, wie Werkpräsident und Oberwils Gemeindepräsident Hanspeter Ryser (SVP) bestätigt: «Wir

hatten mehr Detailabklärungen innerhalb der Planung zur Leitungsführung gehabt als ursprünglich gedacht.» Man habe zudem entschieden, sich keinen Druck aufzuerlegen, damit mit der nötigen Sorgfalt die Leitungsführung erarbeitet werden konnte. «Mit allen involvierten Landbesitzern wurden die erforderlichen Gespräche geführt und deren Einwilligung eingeholt, ebenfalls musste die Leitungsführung auf die besonderen Gegebenheiten im Umfeld

der Birs Rücksicht nehmen», erklärt Ryser. Nun sei alles sauber aufgegleist und das WWR erhielt am 2. Februar die Baubewilligung zur Erstellung der Transitleitung Birstal.

Kann Totalausfall auffangen

Durch die neue Leitung macht sich das untere Baselbiet weniger abhängig von nur einer Bezugsquelle, die bei einem Hochwasser wie 2007 ausfällt. Damit das WWR also selbst bei einem

Extremereignis die angeschlossenen Gemeinden beliefern kann, wird diese neue Leitung gebaut. Zwar gibt es bereits eine bestehende Leitung der IWB, doch diese kann, anders als die geplante, keinen Totalausfall auffangen. Irreführend wäre es auch, die Transit- als Notleitung zu bezeichnen, weil diese nach Fertigstellung dauerhaft in Betrieb genommen wird. Das ist für die Wasserqualität notwendig, da ansonsten die Leitung verschmutzen würde.



Land unter. Beim Hochwasser 2007, wie hier in Therwil, fiel die Wasserversorgung im Birstal aus. Foto Alexander Preobrajenski